



**RUNDER TISCH  
RENTENGERECHTIGKEIT e.V.** Berufs- und Personengruppen der DDR

✉ info.rundertisch@gmail.com

🏠 **Vereins-Vorstand**

Ferdinand-Avenarius-Str. 5

01277 Dresden

**Herrn Bundesminister Hubertus Heil  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Wilhelm-Straße 49  
10117 Berlin**

Dresden, Halle, 20. März 2024

**Respekt vor der Lebensleistung auch der ostdeutschen Rentner,  
ein Gerechtigkeitsfonds muss her!**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Heil, *Lieber Hubertus,*  
mit Bedauern und ziemlicher Verwunderung haben wir die kurze Mail-Antwort vom 5. März 2024 aus Ihrem Ministerbüro zur Kenntnis genommen. Wir sind deshalb verwundert, dass darin in keiner Weise auf, die von uns in unserem Schreiben dargelegte frühere positive Argumentation der SPD zu unserem Anliegen eingegangen wurde. Als ob es diese nicht gegeben hätte. Es ist auch nicht zutreffend, dass uns Gründe dargelegt worden seien, die aus fachlicher Sicht gegen die Berechtigung unseres Vorschlags für einen Gerechtigkeitsfonds sprechen würden. Es ging doch gar nicht, wie in der Antwort-Mail dargelegt, um „gewünschte Änderungen bei der Rentenberechnung“. Und Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg hat letztlich in Gesprächen mit uns nur erklärt, dass er lediglich dafür eintreten könne, was im Koalitionsvertrag zum „Härtefallfonds“ vereinbart worden sei.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
auf der Bundespressekonferenz zum „Rentenpaket II“ am 5. März 2024 haben Sie erklärt: „*Unsere Aufgabe als Bundesregierung ist es, die gesamte Gesellschaft im Blick zu haben.*“ Deshalb können wir nicht verstehen, dass Sie ein Gespräch mit uns nicht für sinnvoll halten. Auch wir sind doch Teil der Gesellschaft, vertreten eine Reihe von DDR-Berufs- und Personengruppen, denen nach der Wiedervereinigung gesetzlich zustehende Renten- und Versorgungsansprüche nicht gewährt worden sind.

**Sie haben doch selbst erklärt, dass Sie unser Anliegen eigentlich teilen.** So steht es zumindest in der Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung über ein Forum in Magdeburg am 14. Juli 2022.

Also geht es nicht um eine fachliche Neueinschätzung, sondern einzig und allein um die Wiederherstellung des politischen Willens der SPD, die derzeit die Bundesregierung führt, für

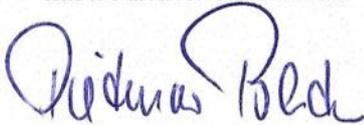
eine befriedende politische Regelung. Die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen, die bekanntermaßen seit vielen Jahren erfolglos um die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit auf dem Rentengebiet gerungen haben, fühlen sich diskriminiert. Was nützt es da, wenn der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil zum "Politischen Aschermittwoch" erklärt hat. „Ausgrenzung und Diskriminierung sind mit uns nicht zu machen. Kommt zu uns, geht mit uns in einen Dialog.“ Und Kevin Kühnert sagte am 15.02.2024 bei „Maybrit Illner“ im ZDF: „Wir müssen doch Menschen in Deutschland nach gleichen Spielregeln behandeln.“ Für die ostdeutschen Berufs- und Personengruppen gelten aber offensichtlich andere Spielregeln.

Genau darüber, sehr geehrter Herr Bundesminister,

möchten wir mit Ihnen direkt sprechen. Nachdem Ihnen Rechtsunterzeichneter am 1. Mai 2018 am Rande der DGB-Kundgebung in Halle persönlich Unterlagen übergeben hatte, kam es am 10. August 2018 zu einem Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese und dem BMAS-Abt.-Leiter H.-L. Flecken. Kerstin Griese erklärte am Ende des Gesprächs, dass sie gute Ansatzpunkte für eine Regelung sehen würde. Das zugesagte Folgegespräch wurde dann aber von Kerstin Griese abgesagt, weil sie nun doch nichts mehr machen wolle. Die Belange der ostdeutschen Rentengruppen sollten wohl endgültig unbeachtet werden. Aber auch für die Beitrittsbürger muss doch das Grundgesetz gelten.

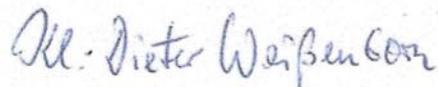
Wir hoffen, dass Sie doch noch unserem Anliegen entsprechen und uns zeitnah einen Gesprächstermin anbieten.

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Polster

Vorsitzende



Dr. Klaus-Dieter Weißenborn